epi

Information

4 - 1986

epi

Institut der beim Europäischen Patentamt zugelassenen Vertreter
Institute of Professional Representatives before the European Patent Office
Institut des mandataires agréés près l'Office européen des brevets

Schriftleitung – *Editorial Board* – Comité Rédaction

Jean Brullé · Ernst J. Schönhöfer · Ken Veryard

Das Institut ist weder für Erklärungen noch für Meinungen verantwortlich, die in Beiträgen dieser Zeitschrift enthalten sind.
Artikel werden in der oder den Amtssprachen (deutsch, englisch, französisch) wiedergegeben, in der bzw. denen diese Artikel eingereicht wurden.

The Institute as a body is not responsible either for the statements made, or for the opinions expressed in this publication.
Articles are reproduced in the official language or languages (English, French or German) in which they are submitted.

L'Institut n'est pas responsable des opinions exprimées dans cette publication.
Les articles sont publiés dans celle ou celles des trois langues officielles (allemand, anglais ou français) dans laquelle ou lesquelles ils ont été proposés.

Postanschrift – *Mailing address* · Adresse postale

Postfach 26 01 12
D-8000 München 26
Tel. (089) 201 70 80
Telex 5216834 epi d

EDITORIAL

By the time you read these words you should have received ballot papers for the election to the 6th Council. Please return them to the Secretariat as soon as possible and certainly to arrive before 15 February 1987.

In October 1987 the EPO and the EPI will have been in existence for ten fruitful and eventful years. Together we have achieved a great deal in those ten years and other professions could learn much from us in the matter of European co-operation

Jean Brullé . Ernst J. Schönhöfer . Ken Veryard

Editorial 1
Vorbereitung (CH) auf die Europäische Eignungsprüfung 2
Bericht und Beschlußliste des Rates 5
Report and List of Decisions from Council 10
Rapport et Liste des Décisions du Conseil 15
EPPC Report (European Patent Practice) 20
CEIPI Courses 25
Mitteilung des EPI und CEIPI 26
Notice from EPI and CEIPI 29
Communication de l'EPI et du CEIPI 32
Benelux, changement de la loi 35
Ausschüsse / Committees / Commissions 36

VORBEREIUNG AUF DIE EUROPÄISCHE EIGNUNGSPRÜFUNG DURCH SCHWEIZERISCHE BERUFSVERBÄNDE

Die schweizerischen Berufsverbände haben schon recht frühzeitig erkannt, wie wichtig es ist, den Nachwuchs zu sichern. Patentanwalt ist eben kein Lehrberuf und auch kein reiner Ausbildungsberuf, man wird Patentanwalt eher aus Zufall.

Nach Einführung der Europäischen Eignungsprüfung wurde man sich bald klar, daß für die Kandidaten dieser neuartigen Prüfung etwas getan werden müsse und zwar auch deshalb weil in der Schweiz bis dahin keine Eignungsprüfung existierte. Schon 1981 konnte eine Kommission aus Mitgliedern des VIPS (Verband der Industrie-Patentanwälte in der Schweiz) und des VESPA (Verband der beim Europäischen Patentamt eingetragenen freiberuflichen schweizerischen Patentanwälte) zusammentreten. Die Gründungskommission stellte dann die Organisations des Vorbereitungsprogrammes auf.

Bereits 1982 konnte das erste Programm mit zunächst 13 Teilnehmern abgewickelt werden, und jedes Jahr haben sich zwischen fünf und zwanzig Kandidaten beteiligt.

Das Vorbereitungsprogramm wird of "Kurs" genannt. Unter einem Kurs versteht man gewöhnlich einen Lehrgang; Grundlage des VIPS/VESPA-Programms ist aber die völlige Abwesenheit einer Ausbildungsfunktion. Es war nämlich von vornherein klar, daß ein kurzfristig angelegter Kurs in keinem Fall die vom EPA geforderte gründliche Ausbildung als Patentsachbearbeiter ersetzen kann; also haben wir auch gar nicht erst den untauglichen Versuch unternommen. (Als Ergänzung zur normalen praktischen Ausbildung von Patentfachleuten wird z.B. in der Schweiz ein viersemestriger Kurs durchgeführt.)

Das Ziel des Vorbereitungsprogramm VIPS/VESPA besteht also darin, dem Patentsachbearbeiter, der sich der europäischen Eignungsprüfung unterziehen möchte und dazu die formellen Voraussetzungen erfüllt, eine Möglichkeit zu bieten, seine Kenntnisse überprüfen zu können, kurz bevor er sich zur Prüfung anmeldet. Er soll dadurch in der Lage sein, sich gegebenenfalls nicht anzumelden, wenn diese Überprüfung einen Mangel an Ausbildung bzw.

Kenntnissen aufzeigt. Es ergibt sich für den Kandidaten und auch für das EPA der Vorteil, daß unnötige Aufwendungen vermieden werden.

Das genannte Ziel kann um so besser erreicht werden, je realistischer und objektiver die skizzierte eigene Überprüfung sein kann. Das Vorbereitungsprogramm wurde dieser Hinsicht entsprechend aufgebaut. Es besteht aus einer Heimarbeit und einer Klausurarbeit und es ist zeitlich so ausgerichtet, daß es etwa im April oder Mai beginnt und Anfang Januar des nächsten Jahres endet, auf jeden Fall aber vor Ablauf der Anmeldefrist zur Eignungsprüfung.

In der ersten Phase erhält der Teilnehmer einen Satz der Unterlagen, die vom EPA bezogen werden und die Prüfungsaufgaben einer bereits stattgefundenen europäischen Eignungsprüfung darstellen. Der Teilnehmer bearbeitet nun die Aufgaben seiner Wahl in Heimarbeit, wobei es ihm überlassen bleibt, ob er seine Arbeit schon unter den realen Bedingungen der Eignungsprüfung bezüglich Zeitlimit und zugelassenen Hilfsunterlagen erledigen will. Nach Rücksendung der Lösungen an die Programmleitung erhält er eine schriftliche Beurteilung, die im Laufe des Herbstes durch eine mündliche Diskussion mit dem Prüfungsgremium ergänzt wird.

Im November wird sodann die zweite Phase des Programms durchgeführt, wobei sich alle Teilnehmer drei Tage lang versammeln. In einer Klausur wird nun, und zwar ganz genau unter den Bedingungen der wirklichen Prüfung, einschließlich Zeitdruck, ein weiterer Satz europäischer Prüfungsaufgaben bearbeitet. Daran schließen sich wie bei der ersten Phase eine schriftliche Beurteilung und eine Besprechung an.

Die Teilnahme am Testprogramm steht jedem In- und Ausländer offen. Auch ist die Abgabe der Arbeiten in jeder der drei europäischen Amtssprachen möglich; die Beurteilung erfolgt in deutscher Sprache.

Zur Durchführung des Programmes haben die Berufsverbände VIPS und VESPA paritätisch besetzte Prüfungsgruppen gebildet. Alle Beteiligten sind qualifizierte Patentfachleute. Die Arbeiten werden an Hand von Modellösungen beurteilt. Der Teilnehmer kann sich auf jeden Fall darüber klar werden, ob er sich das Einsteigen in die europäische Prüfung zutrauen will oder nicht.

Die beiden schweizerischen Berufsverbände, die dieses Testprogramm durchführen (das übrigens laufend verbessert wird), hoffen damit, der Sache der Nachwuchsförderung einen Dienst zu erweisen.

Im Jahre 1987 beginnt ein neues Programm, zu dem Anmeldungen willkommen sind. Fragen werden vom Programmleiter beantwortet:

Herr
Dietrich MOHNHAUPT
Dietlin, Mohnhaupt & Cie S.A.
Patentanwaltsbüro
rue des Epinettes 19
CH - 1227 Genf

Tel. (22) 42 66 30

BERICHT ÜBER DIE RATSSITZUNG

Die 21. Sitzung des Institutsrates wurde in Den Haag am 27. und 28. Oktober 1986 abgehalten.

Der Rat hieß die neuen Mitglieder aus Griechenland und Spanien herzlich willkommen.

Der Präsident des Institutes berichtete über die im Juni abgehaltene Sitzung des Verwaltungsrates der EPO. Weiterhin berichtete der Präsident über seine Kontakte mit dem CEIPI, über die Zusammenkunft des Vorstandes mit Herrn Fortini (Italien) im Zusammenhang mit dem Gemeinschaftspatent sowie über die Unterredungen, die er mit Vertretern des EPA über die Regeln 90 und 102 sowie mit Herrn Braendli über den EPA-Verbindungsausschuß mit amerikanischen und japanischen Anmeldern geführt hatte.

Der Generalsekretär berichtete, das "House of Lords" habe eine Untersuchung über die Stellungnahme des EPI über COPAC geführt, eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung sei für die Angestellten des Instituts eingerichtet worden, ein Informationsblatt stehe nun denjenigen zur Verfügung, die Kandidaten für die Eignungsprüfung werden möchten, und die Warenzeichenanmeldung für das EPI sei in Deutschland als Vorsichtsmaßnahme erfolgt.

Die für die Zukunft geplanten Einnahmen und Ausgaben wurden ausführlich besprochen und die vom Schatzmeister und vom Finanzausschuß vorgelegten Budget-Vorschläge für das kommende Jahr sowie für den Mitgliedsbeitrag wurden von einer großen Mehrheit ohne eine einzige Gegenstimme angenommen.

Der Antrag des Institutes auf Änderung der Regeln 90 und 102 des EPÜ wurde vom EPA angenommen. Nach mehreren Änderungen wurden die vom EPA abgefaßten Änderungen dem Rat zur Stellungnahme vorgelegt. Der Standpunkt des EPA wurde dem Rat von den Herren Dr. Bernecker und Dr. Gall des EPA persönlich erläutert, was bei den Diskussionen und der Beschlußfassung vom Rat sehr geschätzt wurde.

Seitens des Prüfungsausschusses wurde berichtet, daß mehr als 50 Kandidaten in diesem Herbst am Vorbereitungsprogramm teilgenommen haben, und daß

augenblicklich mehr Tutoren zur Verfügung stehen, als gebraucht werden. Der Ausschuß ist über die Verzögerung der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse enttäuscht und ist in diesem Zusammenhang an den Prüfungsausschuß des EPA herangetreten.

Der Ad-hoc-Ausschuß für die berufliche Haftpflicht setzt seine Arbeit sowie Verhandlungen zur Erreichung einer optimalen Regelung der Haftpflicht für die EPI-Mitglieder fort.

Was den EPPC anbetrifft, ist ein Bericht über seine Tätigkeit sowie über die im Rat darüber stattgefundenen Verhandlungen im Heft 4-1986 der EPI-Information enthalten.

Anläßlich eines für den Rat gegebenen Empfangs des "Orde van Octrooigemachtigden" gratulierte unser Präsident dem "Orde" zu seinem 50. Jubiläum und wünschte dem "Orde" und unseren holländischen Kollegen im Namen des Institutes erfolgreiche Jahre.

Die nächste Vorstandssitzung wird in Frankfurt am 23. Februar 1987 stattfinden.

Der Generalsekretär,
Christer Onn

BESCHLUSSLISTE

der 21. Ratssitzung
vom 27. und 28. Oktober 1986 in Den Haag

1. Die Herren Schenkman und Weening wurden als Stimmenzähler gewählt.

2. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit geringfügigen Änderungen angenommen.

3. Das Protokoll der vorherigen Ratssitzung in Wien wurde angenommen.

4. Das vorgeschlagene Budget für 1987 wurde genehmigt. Der Rat setzte den Jahresbeitrag für 1987 auf DEM 200,-- fest.

5. Der Rat wählte

   - als Vorstandsmitglieder: Herrn Margellos (GR) und Herrn Elzaburu Marquez (ES);
   - als Mitglied des Prüfungsausschusses: Herrn Ibañez Gonzales (ES);
   - als Mitglieder des Disziplinarrates: Herrn B. Fisher (GB) (als Nachfolger des verstorbenen Herrn Alan Beeston) sowie Herrn Gil Vega (ES);
   - als EPPC-Mitglied: Herrn Curell Suñol (ES);
   - als Mitglied des Ausschusses für die berufliche Haftung: Herrn Modiano (IT) und
   - als SACEPO-Mitglieder: Frau Papaconstantinou (GR) und Herrn Curell Suñol (ES).

6. In Sachen Änderung der Regeln 90 und 102 des EPÜ genehmigte der Rat die geänderten Vorschläge des EPA betreffend die Regeln 90(1)(c) und 102(1), während die vorgeschlagene Regel 90(1)(a) nicht die nötige Zweidrittelsmehrheit erhielt und die vorgeschlagene Regel 102(1)(a) abgelehnt wurde.

7. Im Zusammenhang mit den im 18. Bericht des Ausschusses für die Europäische Patentpraxis behandelten Fragen beschloß der Rat:

EPPC 44 - Druckfehler in den europäischen Patentschriften: einen Brief an das EPA zu richten;

EPPC 85 - Nichtrechtzeitige Begleichung der Anspruchs- und sonstigen Gebühren: einen Brief an das EPA zu richten;

EPPC 86 - Möglichkeiten zur Reduzierung des Rückstandes im EPA - Dezentralisierung der Recherchen- und/oder Prüfungsarbeiten: einen Brief an das EPA zu richten;

EPPC 88 - Euro-PCT-Anmeldungen - Zeitdauer vom Zeitpunkt der Eintragung in der nationalen Phase an bis zur Eintragung der bibliographischen Daten der Anmeldung im Register: einen Brief an das EPA zu richten;

EPPC 89 - Vertretung durch zugelassene Vertreter ohne Vollmacht: dem EPA mitzuteilen, daß das gegenwärtige System insofern beibehalten werden soll, als eine Vollmacht notwendig ist.

8. Der Rat begrüßte den Vorschlag von Herrn Braendli, Herrn Wallace erneut zum Präsidenten des Prüfungsausschusses zu ernennen, und beschloß, vorzuschlagen, daß die Herren Bijl und Eudes erneut zu Mitgliedern des Prüfungsausschusses ernannt werden.

9. Nachdem der Rat über die Fortschritte des DATIMTEX-Projektes beraten hatte, beschloß er, seine Enttäuschung über die minderwertige Qualität der gedruckten A-Patentschriften zum Ausdruck zu bringen.

10. Angesichts eines vom "British Office of Fair Trading" (OFT) herausgegebenen Berichtes nahm der Rat folgende Resolution zur Eingabe an das OFT an:

"Der EPI-Rat hat während seiner Sitzung am 27. und 28. Oktober 1986 in Den Haag den sehr interessanten und gut dokumentierten Bericht des "Office of Fair Trading", der im September 1986 veröffentlicht worden ist, in seine Beratungen einbezogen und von der im Bericht erwähnten Tatsache Kenntnis genommen, daß über 90 % der im Vereinigten Königreich registrierten Patent Agents gleichzeitig als European Patent Attorneys

tätig und daher Mitglieder vom EPI sind und somit durch die EPI-Richtlinien für die Berufsausübung gebunden sind. Der Rat ist daher der Auffassung, daß Veränderungen der sich auf Werbung beziehenden Regeln im Vereinigten Königreich nur in der Art erfolgen sollten, daß klargestellt ist, daß die EPI-Richtlinien für die Berufsausübung in Patentangelegenheiten gelten, um so gleichzeitig eine angemessene Harmonisierung zwischen allen EPI-Mitgliedern zu erreichen und im Hinblick auf die Schwierigkeiten eine Unterscheidung zwischen beruflichen Tätigkeiten hinsichtlich nationaler und europäischer Patentangelegenheiten zu finden, eine Diskriminierung innerhalb EPI zu vermeiden und dadurch auch die "notwendigen Anleitungen" zu geben, auf welche in den Empfehlungen 6.6.f. Bezug genommen wird."

11. Die nächsten Ratssitzungen werden:

in Rom am 6. und 7. April 1987,
in Luxemburg am 28. und 29. September 1987,
in München im Frühjahr 1988 und
in Basel im Herbst 1988 stattfinden.

Der Generalsekretär,

Christer Onn

REPORT FROM COUNCIL

The 21st meeting of the Institute Council was held in The Hague on 27 and 28 October 1986.

Council heartily welcomed the new members from Greece and Spain.

The President of the Institute reported on the meeting of the EPO Administrative Council in June. The President further reported on the contacts with CEIPI, on the Board's meeting with Mr. Fortini (Italy) in regard to the Community Patent, and on his discussions with EPO Representatives on Rules 90 and 102 and with Mr. Braendli on the EPO Liaison Committee with US and Japanese applicants.

The Secretary General reported that the House of Lords had enquired about the EPI position on the COPAC, that a supplementary pension scheme had been set up for the employees of the Institute, that an information leaflet is now available for those who consider becoming candidates for the qualifying examination and that trademark (service mark) protection for EPI has been applied for in Germany as a precautionary step.

The future cost/income projection was discussed in depth, and the proposals made by the Treasurer and the Finance Committee for next year's budget and subscription were accepted by a large majority with no votes against it.

The Institute's request to have amendments made to Rules 90 and 102 of the EPC was accepted by the EPO. After several modifications, the amendments drafted by the EPO were laid before Council for their opinion. The EPO standpoint was personally explained to Council by Dr. Bernecker and Dr. Gall from the EPO, which was much appreciated by Council in the debate and decision.

From the Examination Committee, it was reported that more than 50 candidates have joined the tutorial program this autumn and that there are at present more tutors available than can be used. The Committee is concerned about the delay in issuing the results of the examinations and has approached the EPO Examination Board in the matter.

The Ad Hoc Committee on Professional Liability continues its work and negotiations for an improved indemnity insurance for the EPI members.

Concerning the EPPC a report on their (the European Patent Practice Committee) activities and a report on the related discussion in Council is contained elsewhere in this issue of EPI Information.

At a reception for the Council given by the "Orde van Octrooigemachtigden" our President congratulated the "Orde" on its 50th anniversary and on behalf of the Institute wished the years to come to be successful and prosperous for the "Orde" and our Dutch colleagues.

The next Board meeting will be held in Frankfurt on 23 February 1987.

The Secretary General

Christer Onn

LIST OF DECISIONS

of the 21st Council meeting
on 27 and 28 October 1986 in The Hague

1. Messrs. Schenkman and Weening were appointed scrutineers.

2. The proposed agenda was adopted with minor amendments.

3. The minutes of the previous Council meeting in Vienna were approved.

4. The proposed budget for 1987 was approved. Council decided that the subscription for 1987 shall be DEM 200.

5. Council elected,

   - to the Board Mr. Margellos (GR) and Mr. Elzaburu Marquez (ES),
   - to the Examination Committee Mr. Ibañez Gonzales (ES),
   - to the Disciplinary Committee Mr. B. Fisher (GB) (to succeed the late Mr. Alan Beeston) and Mr. Gil Vega (ES),
   - to the EPPC Mr. Curell Suñol (ES),
   - to the Professional Liability Committee Mr. Modiano (IT),
   - and to SACEPO Mrs. Papaconstantinou (GR) and Mr. Curell Suñol (ES).

6. In the matter of amending Rules 90 and 102 of the EPC, Council accepted the modified proposals made by the EPO with respect to Rule 90(1)(c) and 102(1), while the proposed Rule 102(1)(a) was rejected and the proposed Rule 90(1)(a) did not get a sufficient majority to pass.

7. With respect to matters dealt with in the 18th report of the European Patent Practice Committee, Council decided,

   EPPC 44 - Printing Errors in European Patent Specifications: to send a letter to the EPO;

   EPPC 85 - Non-timely Payment of Claims Fees and Other Fees: to send a letter to the EPO;

   EPPC 86 - Possible Means of Reducing the EPO Backlog - Decentralisation of Search and/or Examination: to send a letter to the EPO;

   EPPC 88 - Euro-PCT Applications - Length of Time from Entry into the National Phase until the Entry of the Bibliographic Data of the Application into the Patent Register: to send a letter to the EPO;

   EPPC 89 - Representation by Professional Representatives without Authorisations: to inform the EPO that the present system should be retained in the sense that an authorisation is necessary.

8. Council welcomed Mr. Braendli's proposal to re-appoint Mr. Wallace as Chairman of the Examination Board, and decided to propose that Mr. Bijl and Mr. Eudes be re-appointed to the Examination Board.

9. Having discussed the progress of the DATIMTEX project, Council decided to express its disappointment over the low quality of the printed A specifications.

10. In view of a report issued by the British Office of Fair Trading (OFT) Council adopted the following resolution to be sent to the OFT:

    "The EPI Council, having considered during its meeting in The Hague on 27 and 28 October 1986 the very interesting and well documented report of the Office of Fair Trading published in September 1986 and having taken account of the fact, as mentioned in the report, that over 90 % of registered patent agents in the UK are European Patent Attorneys and therefore members of EPI, who are bound by the EPI Code of Conduct, believes that any change in the rules on advertising in the UK should be in the sense of adopting the EPI Code of Conduct in order to achieve an appropriate harmonisation between all EPI members and to avoid any discrimination inside EPI in view of the difficulty of finding a clear distinction between activities in national and European patent matters, and thus to provide the "necessary guidance" referred to in the recommendation 6.6.f.".

11. The next Council meetings will be in

Rome on 6 and 7 April 1987
Luxembourg on 28 and 29 September 1987
Munich in the Spring 1988
Basel in the fall 1988.

The Secretary General

Christer Onn

RAPPORT DU CONSEIL

La 21ème réunion du Conseil de l'Institut s'est tenue à La Haye les 27 et 28 octobre 1986.

Le Conseil a souhaité la bienvenue aux nouveaux membres espagnols et grecs.

Le Président de l'Institut a présenté un rapport sur la réunion du Conseil d'administration de l'OEB tenue en juin. Le Président a, de plus, présenté un rapport sur les contacts qu'il a eus avec le CEIPI, sur l'entrevue qui a eu lieu entre le Bureau et Monsieur Fortini (Italie) dans le cadre du Brevet Communautaire, et sur les discussions qu'il a eues avec des représentants de l'OEB sur les Règles 90 et 102 et avec Monsieur Braendli sur le Comité de Liaison de l'OEB avec les déposants américains et japonais.

Le Secrétaire général a rapporté que la "House of Lords" a mené une enquête sur la position de l'EPI quant à COPAC, qu'une retraite-vieillesse complémentaire a été instituée pour les employés de l'Institut, qu'un bulletin d'information est à présent à la disposition de ceux qui désirent passer l'examen de qualification, et que la protection de la marque de l'EPI a été demandée en Allemagne par mesure de précaution.

Les prévisions des revenus et dépenses ont été discutées en détail et les propositions faites par le Trésorier et la Commission Finances pour le budget de l'année prochaine ainsi que le montant de la cotisation ont été adoptées à la forte majorité sans une seule voix contre ces propositions.

La demande de l'Institut de modifier les Règles 90 et 102 de la CBE a été acceptée par l'OEB. Après maints changements, les modifications rédigées par l'OEB ont été soumises au Conseil afin que ce dernier donne son avis. Messieurs Bernecker et Gall sont venus présenter le point de vue de l'OEB au Conseil, ce qui a été fortement apprécié par le Conseil lors des débats et votes.

La Commission d'Examen rapporte que plus de 50 candidats ont participé, cet automne, au programme de préparation, et qu'il y a, à présent, plus de tuteurs que nécessaire. La Commission, préoccupée par le délai dans lequel

sont publiés les résultats d'examen, a pris contact à ce sujet avec le Jury d'Examen de l'OEB.

La Commission ad-hoc pour la responsabilité professionnelle poursuit son travail ainsi que ses négociations dans le but d'obtenir une meilleure assurance dommages-intérêts pour les membres de l'EPI.

Pour ce qui est de l'EPPC, le présent bulletin d'EPI-Information contient un rapport sur les activités de la Commission pour la Pratique du Brevet Européen ainsi qu'un rapport sur les discussions du Conseil s'y rapportant.

Lors d'une réception donnée par le "Orde van Octrooigemachtigden" en l'honneur du Conseil, notre Président a présenté ses félicitations à l'"Orde" à l'occasion de son 50ème anniversaire et a souhaité, au nom de l'Institut, des années prospères à l'"Orde" et à nos collègues hollandais.

La prochaine réunion du Bureau se tiendra à Francfort le 23 février 1987.

Le Secrétaire général,

Christer Onn

LISTE DES DECISIONS

de la 21ème réunion du Conseil
tenue les 27 et 28 octobre 1986 à La Haye

1. Messieurs Schenkman et Weening sont élus scrutateurs.

2. L'ordre du jour proposé est adopté après modifications mineures.

3. Le procès-verbal de la réunion précédente du Conseil tenue à Vienne est adopté.

4. Le budget proposé pour 1987 est adopté. Le Conseil décide de fixer la cotisation pour 1987 à 200 DEM.

5. Le Conseil élit

   - en tant que membres du Bureau : Messieurs Margellos (GR) et Elzaburu Marquez (ES) ;
   - en tant que membre de la Commission d'Examen : Monsieur Ibañez Gonzales (ES) ;
   - en tant que membres de la Commission de Discipline : Monsieur B. Fisher (GB) (pour succéder à Monsieur Alan Beeston, décédé) et Monsieur Gil Vega (ES) ;
   - en tant que membre de l'EPPC : Monsieur Curell Suñol (ES) ;
   - en tant que membre de la Commission pour la responsabilité professionnelle : Monsieur Modiano (IT), et
   - en tant que membres du SACEPO : Madame Papaconstantinou (GR) et Monsieur Curell Suñol (ES).

6. Dans le cadre des modifications des Règles 90 et 102 de la CBE, le Conseil accepte les propositions modifiées de l'OEB concernant les Règles 90(1)(c) et 102(1), mais rejette la Règle 102(1)(a) proposée ; la Règle 90(1)(a) proposée n'obtient pas une majorité suffisante pour être adoptée.

7. En ce qui concerne les questions traitées dans le 18ème rapport de la Commission pour la Pratique du Brevet Européen, le Conseil décide comme suit :

EPPC 44 - Fautes d'impression dans les fascicules de brevet européens : envoyer une lettre à l'OEB ;

EPPC 85 - Paiement tardif des taxes de revendications et autres taxes : envoyer une lettre à l'OEB ;

EPPC 86 - Possibilités en vue de réduire le retard à l'OEB : décentralisation des travaux de recherche et/ou d'examen : envoyer une lettre à l'OEB ;

EPPC 88 - Demandes euro-PCT : durée de la période allant du passage à la phase nationale au passage des données bibliographiques de la demande au Registre des Brevets : envoyer une lettre à l'OEB ;

EPPC 89 - Représentation par les mandataires agréés sans pouvoir : informer l'OEB qu'il convient de conserver le système actuel exigeant qu'un pouvoir soit déposé.

8. Le Conseil est satisfait de la proposition de Monsieur Braendli de réélire Monsieur Wallace en tant que membre du Jury d'Examen ; il décide de proposer que Messieurs Bijl et Eudes soient réélus au Jury d'Examen.

9. Après avoir discuté sur l'évolution du projet DATIMTEX, le Conseil décide d'exprimer sa déception quant à la qualité inférieure des fascicules de brevet A.

10. En raison d'un rapport publié par le "British Office of Fair Trading" (OFT), le Conseil adopte la résolution suivante qui sera transmise à l'OFT :

"Le Conseil de l'Institut des Mandataires agréés (EPI), après avoir considéré, au cours de sa réunion à La Haye les 27 et 28 octobre 1986, le rapport très intéressant et bien documenté de l'"Office of Fair Trading" publié en septembre 1986, et avoir tenu compte de ce que, ainsi que l'a mentionné le rapport, plus de 90 % des agents de brevets accrédités au Royaume-Uni sont des mandataires en brevets européens (European Patent Attorneys), et par conséquent membres de l'EPI soumis au

Code de Conduite de l'EPI, estime que toute modification des règles sur la publicité au Royaume-Uni devra se faire dans le sens d'une adoption du Code de Conduite de l'EPI pour les questions de brevets tant nationales qu'européennes, afin de réaliser une harmonisation convenable entre tous les membres de l'EPI et d'éviter toute discrimination au sein de l'EPI, du fait qu'il est difficile de faire nettement la distinction entre les activités pour les questions de brevets nationales et européennes, et donc de fournir "l'indication nécessaire" à laquelle se réfère la recommandation 6.6.f.".

11. Les prochaines réunions du Conseil se tiendront à

Rome les 6 et 7 avril 1987,
Luxembourg les 28 et 29 septembre 1987,
Munich au printemps 1988,
Bâle en automne 1988.

Le Secrétaire général,

Christer Onn

NOTE ON EPPC MEETINGS ON 19 JUNE AND 29 OCTOBER 1986

CPC - THE NEED FOR TRANSLATIONS AT GRANT

In June the EPPC wished to maintain Article 88, CPC in its 1975 version so that in effect the proprietor of a Community patent has until three years after the end of the period for opposition to file his translation to maintain or restore full rights. As a fall back position EPPC supported a proposal to replace Article 88 by a requirement that the text of a Community patent should exist in all three official languages of the EPO with no further possibility of making reservations. At the CPC Interim Committee on 26 June the great majority of interested circles supported this solution but six governments were against it. The outlook for the CPC for this reason remains bleak.

FILING EUROPEAN PATENT APPLICATIONS WITH A NATIONAL AUTHORITY

National patent offices have been asked how their obligations under Article 136 (2) can be discharged if the application papers are lost in transit to the Receiving Section. EPPC believes that a fourth copy of the application should be filed at the national office concerned and kept for three months. Most patent offices have agreed to this, exceptions being the Austrian and Swedish ones. The matter is one for national patent associations to persuade their patent offices to institute the procedure.

PREPARATIONS FOR THE SACEPO MEETING ON 6 AND 7 NOVEMBER 1986

With reference to proposed amendments to the Guidelines for Examination the EPPC was of the opinion that internal procedures should continue to be outlined; references to Board of Appeal Decisions should not be over generalised and must be correctly cited; decisions on permitting filing of divisional applications should be appealable when given and correspondence concerning this should be placed on the parent application file; the new request form 1001 at item 35 needs amendment to make the filing of a letter of permission optional; there was extensive discussion of amendment to the section on support for claimes - should "support" include fair basis as well as formal correspondence with the description (as to which EPPC was divided)? - the possible connections with according a priority date, which is a question of disclosure on the same basis as novelty, was noted and will be studied; the Board decision on cosmetic treatment appears to have been misquoted; with respect to novelty there was general objection to incorporating into a primary reference the contents of a reference document (possibly even published later) - this could prejudice selection inventions (and whole contents); EPPC wants to ask for latitude in maintaining the description derived from a parent application when filing a divisional application; also when recordings are made at oral hearings these should be erased when the minutes are settled.

EPPC is concerned at the size of the search backlog. That the EPO has done 700 searches for US applicants in 1985 is deplorable. It is understood EPO is intensifying recruitment of search examiners. The EPO is requested to be more flexible on setting the date for oral hearings which should be arranged by telephone. With reference to a so-called renewal fee loophole where the EPO refrains from issuing a decision to grant when a renewal fee is shortly due, the present procedure of waiting should continue but the EPO make a note on Form 2005 in such cases so that an applicant who desires early grant can act early on any renewal fee item that could retard the procedure.

It was reported that a Board of Appeals has decided that the EPO must accept applications by telecopier.

Telephone conversations with Examiners involve the difficulty that there is no control on who is telephoning. It is self evident that the parties must have a minute of all oral transactions and these must be placed on the files.

There is a concern about statistical data which should never be released before all 18 month publication periods have elapsed. Any EPO reports should be anonymous and should contain no personalised data.

The EPPC also reviewed the work of the SACEPO Sub-Committee on Patent Documentation and Information.

AMENDMENT OF CLAIMS IN ORAL PROCEEDINGS

EPI has written to Professor Gori, the Vice-President for Appeals requesting more latitude (see EPI Information 3-1985, page 14 and 4-1985, page 15). The immediate reaction from members of the Boards was that they are independent. EPI is however continuing its efforts to seek a flexible approach by the Boards to this question and the Legal Division will be requested to reconsider Legal Advice No. 15/84 (EPO Official Journal 10/1984 page 491).

It is understood that the following is the position:

- The basis of the procedure is laid down in the Rules of Procedure especially Article 11. The parties must provide all relevant information and documents before the hearing, and the Board must endeavour to ensure that each case is ready for decision at the conclusion of the oral proceedings unless there are special reasons to the contrary.
- There are only three normal situations where claims may be amended in oral hearings:
  (a) when new documents have been introduced just before or during the hearing the patentee can limit his claims;
  (b) the Board may recommend amendments during the hearing and
  (c) the applicant can amend if the necessity for the amendment becomes evident only during the hearing.
- In exceptional cases the Rules of Procedure are not applied but this depends on the circumstances. The patentee has the duty to amend as soon as possible.
- Advisory actions before the hearing to warn of the need to amend are not favoured.
- Auxilliary and subsidiary requests do not prejudice the position of the person making them. It is possible to write ten or more sets of claims, each with subsidiary requests.

INDEX OF DECISIONS

The EPO Legal Division prepared an index of published decisions and can

make it availble in microfiche form but would prefer commercial publishers to take up other methods of making it available. There is also a computer index for all decisisons coded by Article and Rule. Together with Dossiers Brevets (which publishes all decisions in the language of the proceedings), this index makes all decisions accessible. Possible publication of this full index will be discussed further with EPO, as will also the possibility of publishing expanded headnotes.

EPPC Reporter: John BETON

NOTE ON EPPC AND RELATED ITEMS DISCUSSED AT EPI COUNCIL ON 27 AND 28 OCTOBER 1986

The Council decided to send a letter to the EPO about printing errors, firstly requesting a reduction in their incidence and secondly asking the EPO to pursue a more liberal policy on issuing correction slips or even reprinting whole specifications. It was also decided to write to the EPO about the introduction of a grace period for cases where the applicant had failed to meet a time limit in Rule 51 (4), Rule 58 (5) or Rule 31 (2), EPC for payment of the fees for grant and printing and claims incurring fees. Such a grace period would, as in Rules 85a) and b), be on payment of a surcharge.

The Council is concerned about increasing the backlogs in search and examination in the EPO and approved a letter to the EPO to the effect that national patent offices should be contracted to do more search work provided this does not impair the quality of the search and necessary harmonisation.

A letter will be sent to the EPO requesting bibliographic data on Euro-PCT applications to be made available as soon as possible after entry into the Euro-phase.

The EPO had referred to the EPI for comments on the question of whether the EPO should adopt the British system of not normally requiring formal authorisations for representatives. The Council concluded that this would not be appropriate.

Regarding the EPO's DATIMTEX project, response has been disappointing due largely to lack of a financial incentive and the EPO has found it necessary to keyboard digitalise most specifications. However it has discovered that a third of all applications are in "Courier" type and this can be machine read like OCR-B. It should therefore be drawn to the attention of patent firms that "Courier" daisy wheels are readily available and their use would help the EPI. Printing has been a problem and EPO has had to go to a nine point system to produce a reasonable A-specification.

The EPO has co-operated with the Council on drawing up amendments to Rule 90 (interruption of the proceedings where the representative has been prevented from acting by legal reasons such a bankruptcy or by other situations of gravity in his personal circumstances) and to Rule 102 (deletion of a subscription for two successive years). A further proposal by the EPO, that the name of a representative could be deleted at the request of the EPI President where the representative had put his client's interests seriously in jeopardy, was not approved.

Regarding the CPC, the great majority of the Council do not wish to re-open the question of entry into force for less than all EEC countries (consistently with an earlier resolution deploring that). However, the Council desires to continue to press vigorously for amendment of Article 12 of the Statute of the COPAC to permit a party to be represented before COPAC by a European patent attorney, with or without a lawyer, at least in certain matters.

EPPC Reporter: John BETON

CEIPI COURSES

Members may well have heard that some discussions are going on between EPI and CEIPI in Strasbourg with a view to CEIPI offering courses of local tuition, in addition to the two-part courses which CEIPI have provided for a number of years at Strasbourg (one week in December and one in January).

Some details of these local courses are contained elsewhere in this issue. They will involve instruction by lecturers (who will largely be EPI members) at their own offices so that the pupils do not need to travel to Strasbourg. They are not intended to replace the existing CEIPI courses.

Moreover, these proposed courses must not be confused with the local tutorials organised by EPI, which are totally independent of both the above courses, and which first took place in 1985/86. They are continuing on an expanded basis in the 1986/87 session and are expected to continue and improve further in the future.

A.H. Duncan
Chairman Qualifying Examination Committee

MITTEILUNG DES EPI UND CEIPI

ÜBER EINE GRUNDAUSBILDUNG IM EUROPÄISCHEN PATENTRECHT

1. Die Ergebnisse der europäischen Eignungsprüfung für die beim EPA zugelassenen Vertreter sind bisher nicht zufriedenstellend (siehe ABl. EPA 7/1985 S. 229). Das Institut der beim EPA zugelassenen Vertreter (EPI) und das Institut für internationalen gewerblichen Rechtschutz der Universität Straßburg (CEIPI) haben gemeinsam überlegt, wie diesem Mißstand abgeholfen werden kann.

   Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, daß den Interessenten eine Ausbildung angeboten werden sollte, die im Prinzip in zwei Stufen durchgeführt werden könnte:

   - einer systematischen Grundausbildung im europäischen Patentrecht, die möglichst gleichzeitig mit dem Beginn der Ausbildung des Kandidaten bei einem zugelassenen Vertreter oder in einer Patentabteilung beginnen sollte und etwa zwei Jahre dauern könnte. Diese Grundausbildung sollte dezentral am Ort der Berufsausübung und neben der Berufstätigkeit erfolgen;

   - einer weiteren Ausbildung, die der Vervollkommnung der Kenntnisse und speziell der Vorbereitung auf die Eignungsprüfung dienen soll.

   Die vorliegende Mitteilung befaßt sich nur mit der Grundausbildung und nicht mit der weiterführenden Ausbildung

2. CEIPI hat Vorbereitungen getroffen, eine etwa zwei Jahre dauernde berufsbegleitende Grundausbildung im europäischen Patentrecht an verschiedenen Orten der Vertragsstaaten zu organisieren.

3. Diese Grundausbildung ist in erster Linie für Personen gedacht, die sich beruflich mit dem europäischen Patentrecht befassen und ggf. auch die Eignungsprüfung als zugelassene Vertreter vor dem EPA ablegen wollen.

4. Die Ausbildung soll nicht wie ein üblicher Unterricht gestaltet werden, sondern in einem Selbstunterricht mit Unterstützung ortsansässiger

"Tutoren" bestehen. Diese Tutoren, erfahrene Fachleute auf dem Gebiet des europäischen Patentrechts, sollten in zeitlichen Abständen von zwei Wochen Anleitungen zum Studium geben und dabei etwa drei Stunden lang die inzwischen bearbeiteten Themen und Fälle mit den Teilnehmern diskutieren und deren Fragen beantworten.

5. Grundlage der Ausbildung ist ein von EPI und CEIPI ausgearbeiteter Themenkatalog, der sämtliche Prüfungsgebiete der europäischen Eignungsprüfung umfaßt.

   CEIPI stellt einen detaillierten Ausbildungsplan für die einzelnen Themen auf und gibt die für die Behandlung vorgesehene Zeit an.

   Den einzelnen Themen werden folgende Angaben beigefügt: Einschlägige Artikel und Regeln des EPÜ sowie dazugehörige Vorschriften, Fundstellen der Richtlinien für die Prüfung im EPA, Fundstellen des Themas in bestimmten führenden Kommentaren und Büchern in französischer, englischer und deutscher Sprache.

   Ferner wird zusätzliches, unveröffentlichtes Material zur Verfügung gestellt, das für das jeweilige Thema von Bedeutung sein kann. Es handelt sich dabei vor allem um Ausbildungsunterlagen und Fallstudien von CEIPI und dem EPA sowie um Unterlagen anderer Organisationen mit Analysen und Zusammenfassungen von Beschwerdeentscheidungen des EPA.

   Falls gewünscht, können für Einzelthemen in Zusammenarbeit mit erfahrenen Professoren von CEIPI kurze Seminare stattfinden.

6. Während der Ferienzeit findet kein Unterricht statt (Mitte Dezember bis Mitte Januar, Mitte Juni bis Ende September und während der beiden Osterwochen).

7. Die Ausbildungskurse sollen in den Städten der EPÜ-Vertragsstaaten stattfinden, in denen mindestens drei Interessenten daran teilnehmen wollen und ein geeigneter Tutor zur Verfügung steht.

8. Die Teilnahme an diesen Kursen ist selbstverständlich freiwillig und keine Voraussetzung für die Zulassung zur Eignungsprüfung.

9. Der Unkostenbeitrag beträgt pro Teilnehmer im Jahr 5.000 französischer Francs, also für die 2-jährige Ausbildung 10.000 Francs.

10. Es wird darauf hingewiesen, daß diese dezentralisierten Grundkurse nur eine Grundausbildung darstellen. Die Eignungsprüfung erfordert noch eine weitere intensive Fortbildung. Die Grundkurse ersetzen auch nicht die jährlich im Dezember und Januar von CEIPI organisierten zwei Kurse von je einer Woche, die weiterhin u.a. als eine unmittelbare Vorbereitung für die Eignungsprüfung gedacht sind.

11. Es ist beabsichtigt, mit den Grundkursen ab Oktober 1987 zu beginnen.

Um einen Überblick über die Zahl der Teilnehmer und die in Betracht kommenden Orte zu gewinnen, werden die Interessenten gebeten, sich möglichst bald an das CEIPI zu wenden.

Schreiben Sie bitte - auch für weitere Informationen - an:

Mme POUVATCHY
CEIPI
Université Strasbourg III
Place d'Athènes
F - 67000 Strasbourg

Tel. (88) 61 56 04 oder
(88) 61 18 18

Roland Singer

NOTICE FROM EPI AND CEIPI

CONCERNING BASIC TRAINING IN EUROPEAN PATENT LAW

1. The unsatisfactory pass rates in the European Qualifying Examination for professional representatives before the EPO (cf. EPO OJ 7/1985, p. 229) have led the Institute of Professional Representatives before the EPO (EPI) and the Centre d'Etudes Internationales de la Propriété Industrielle (CEIPI) of the University of Strasbourg jointly to consider ways of remedying this situation.

   Their conclusion is that training should be available, in principle in two stages as follows:

   - systematic basic training in European patent law, provided locally and lasting for about two years, preferably starting at the same time as and running in parallel with the candidate's training with a professional representative or patent department;

   - top-up training tailored to the needs of candidates for the European Qualifying Examination.

   This notice relates only to the former.

2. CEIPI has taken preparatory steps towards providing such training at various locations throughout the Contracting States.

3. The scheme is intended primarily for those with a professional interest in European patent law and perhaps also planning to take the European Qualifying Examination.

4. Training will take the form of private study supervised by local tutors, all experienced specialists in European patent law, who at two-week intervals will set certain topics for study, at the same time spending about three hours discussing topics previously set and answering questions.

5. The list of topics to be covered will be drawn up by the EPI and CEIPI and cover the whole European Qualifying Examination syllabus.

CEIPI will draw up a detailed training study schedule for each topic, indicating the amount of time required.

The following information will also be supplied for each topic:

- relevant EPC Articles and Rules, and related provisions;

- extracts from the Guidelines for Examination in the EPO;

- extracts from various major commentaries and other publications in English, French and German ;

- relevant unpublished material, primarily in the form of CEIPI and EPO training course documentation and case studies, together with material from other sources analysing and summarising EPO Board of Appeal decisions.

Experienced CEIPI professors will also be available to hold brief seminars on particular topics, if desired.

6. There will be no tuition during holiday periods (mid-December to mid-January, the two Easter weeks and between mid-June and the end of September).

7. Courses will be held in towns throughout the Contracting States if there is a minimum of three participants and a suitable tutor is available.

8. Attendance is entirely voluntary, and not a requirement for admittance to the European Qualifying Examination.

9. The cost will be FRF 5,000 per person per year (FRF 10,000 for the two-year course).

10. Readers are reminded that these courses represent only basic training and that the European Qualifying Examination requires further intensive study. Nor is this basic training intended to replace the two one-week

courses that will continue to be organised by CEIPI in December and January prior to the European Qualifying Examination.

11. It is planned to start the courses described in October 1987. To give the organisers some idea of likely numbers and suitable centres, those interested or requiring further details should contact CEIPI at the following address:

Mme POUVATCHY
CEIPI (Centre d'Etude Internationales de la Propriété Industrielle)
Université Strasbourg III
Place d'Athènes
F - 67000 Strasbourg

Tel. (88) 61 56 04 or
(88) 61 18 18

COMMUNICATION DE L'EPI ET DU CEIPI

RELATIVE A L'OPPORTUNITE D'UNE FORMATION DE BASE

EN DROIT EUROPEEN DES BREVETS

1. Les résultats de l'examen européen de qualification des mandataires agréés près l'OEB n'ont pas été jusqau'à présent des plus satisfaisants (voir JO OEB 7/1985, p. 229). L'Institut des mandataires agréés près l'OEB (EPI) et le Centre d'études internationales de la propriété industrielle de l'Université de Strasbourg (CEIPI) ont réfléchi ensemble à la manière de remédier à cette situation.

   Ils sont parvenus à la conclusion qu'il conviendrait d'offrir aux personnes intéressées la possibilité de recevoir une formation, susceptible en principe de se dérouler en deux étapes, à savoir :

   - une formation systématique de base en droit européen des brevets, devant commencer autant que possible en même temps que la formation reçue par le candidat dans un cabinet de mandataire agréé ou dans un service brevets, et pouvant durer environ deux années. Cette formation de base devrait avoir lieu de façon décentralisée, là où s'exerce la profession et à côté de celle-ci ;

   - une formation complémentaire destinée à parfaire les connaissances et spécialement conçue comme préparation à l'examen de qualification.

   De ces deux étapes, formation de base et formation complémentaire, seule la première est concernée par la présente communication.

2. Le CEIPI a fait des préparatifs en vue d'organiser en différents endroits sur le territoire des Etats contractants une formation de base en droit européen des brevets devant durer environ deux années et accompagnant l'exercice de la profession.

3. Cette formation de base s'adresse principalement aux personnes qui, de par leur profession, sont amenées à s'occuper de questions relatives au droit européen des brevets et qui, le cas échéant, projettent en outre de se présenter à l'examen de qualification des mandataires agréés près l'OEB.

4. Loin d'être conçue comme un cours au sens où on l'entend habituellement, cette formation devrait constituer un exercice de nature autodidactique, dont le déroulement s'effectue avec la participation de "Tutors" établis sur place et jouant le rôle de directeurs des études. A ce titre, les "Tutors", spécialistes rompus au droit européen des brevets, auront tous les quinze jours avec les participants une session d'environ trois heures au cours de laquelle les thèmes et cas étudiés dans l'intervalle seront discutés et les questions posées seront traitées.

5. Une liste de thèmes élaborée par l'EPI et le CEIPI donnera l'orientation de cette formation ; elle portera sur l'ensemble des domaines concernés par l'examen européen de qualification.

   Pour chacun de ces thèmes, le CEIPI établit un programme de formation détaillé, en indiquant dans quel délai il convient de l'achever.

   Les informations suivantes sont fournies pour chaque thème : articles et règles pertinents de la CBE ainsi que dispositions complémentaires à observer, références aux Directives relatives à l'examen pratiqué à l'OEB, références au thème concerné dans des commentaires et des ouvrages faisant autorité et rédigés en français, en anglais et en allemand.

   Les participants disposeront en outre d'une documentation annexe, non publiée, susceptible de présenter un intérêt pour le thème traité. Il s'agira principalement de documents didactiques et d'études de cas, communiqués par le CEIPI et l'OEB, ainsi que de documents provenant d'autres organismes et comportant des analyses et des résumés de décisions des chambres de recours de l'OEB.

   Si le voeu en est exprimé, de courts séminaires pourront être organisés sur des thèmes distincts, en collaboration avec des professeurs du CEIPI particulièrement versés dans ces questions.

6. Lors des périodes coïncidant avec des vacances (de mi-décembre à mi-janvier, de mi-juin à fin septembre et pendant les deux semaines de Pâques), les sessions de formation n'auront pas lieu.

7. La formation est prévue pour se dérouler dans les villes des Etats contractants de la CBE dans lesquelles au moins trois personnes sont intéressées à participer aux sessions et où un "Tutor" approprié peut se charger de cette tâche.

8. La participation à cette formation est bien entendu facultative et ne constitue pas une condition préalable d'inscription à l'examen de qualification.

9. Le montant de la contribution annuelle de chaque participant aux frais de formation s'élève à 5.000 francs français, soit 10.000 francs pour la durée de la formation qui s'étend sur une période de deux années.

10. Il convient de souligner qu'à ce stade l'exécution de ce programme d'enseignement décentralisé ne constitue qu'une formation de base, qu'il importe de compléter par un perfectionnement intensif, en vue de l'examen de qualification. Cette formation de base ne remplace pas davantage les deux cours d'une durée d'une semaine qui sont organisés chaque année en décembre et en janvier par le CEIPI et qui sont censés continuer, entre autres, à preparer directement à l'examen de qualification.

11. Il est prévu de commencer la formation de base en octobre 1987.

Les personnes intéressées sont invitées à se faire connaître rapidement auprès du CEIPI, pour qu'il soit possible de dénombrer les participants probables et de recenser les lieux susceptibles d'être envisagés pour la formation.

A cet effet, et pour de plus amples informations, prière d'écrire à :

Mme POUVATCHY
CEIPI
Université Strasbourg III
Place d'Athènes
F - 67000 Strasbourg

Tél. (88) 61 56 04 ou
(88) 61 18 18

Roland Singer

B E N E L U X

Marques de service

par Florent GASPAR
Membre belge de l'EPI

Un changement de la loi uniforme Benelux sur les marques permettra, à partir du 1er janvier 1987, d'obtenir la protection au Benelux de marques relatives à des services, - tels le transport, les opérations bancaires, les assurances, la construction, la restauration, etc., - protection que ne donnait pas la dite loi (précédemment, on pouvait certes obtenir un enregistrement Benelux pour des produits, - tels des imprimés, - utilisés dans la prestation des services, mais l'efficacité de cet enregistrement était fort douteuse).

L'enregistrement Benelux (ou l'enregistrement international avec effet au Benelux) d'une marque de service sera désormais le moyen, et la condition, de sa protection dans tout le Benelux. Le dépôt Benelux d'une marque de service, s'il s'agit d'un premier dépôt dans un pays unioniste, pourra aussi être revendiqué à titre de priorité lors du dépôt ultérieur de la même marque dans des pays unionistes hors Benelux qui acceptent aussi des marques de service. L'enregistrement Benelux pourra enfin constituer la base d'un enregistrement international mentionnant des services.

Si la marque concernée a commencé à être utilisée au Benelux avant le 1er janvier 1987, elle conservera de toute façon la protection que lui accordaient les autres dispositions légales. Elle pourra en outre, dans un délai d'un an (donc jusqu'au 31 décembre 1987), faire l'objet d'un dépôt spécial, accompagné d'une déclaration, faite de bonne foi, de l'année à partir de laquelle la marque a commencé à être utilisée pour des services dans le Benelux. Il sera bon d'effectuer cette "confirmation" facultative (y compris pour les marques de service déjà déposées au Benelux ou internationalement pour des produits auxiliaires, et pour les marques internationales déjà déposées pour des services mais refusées de ce chef au Benelux) : en effet l'enregistrement confirmatif permettra d'acquérir la protection de la loi sur les marques dans toutes les régions du Benelux (même, sauf droit de tiers, dans des régions non couvertes par la protection résultant des autres dispositions légales).

EPI - AUSSCHÜSSE / EPI COMMITTEES / COMMISSIONS DE L'EPI

FINANZ --- FINANCE --- FINANCE	STANDESREGELN --- PROFESSIONAL CONDUCT --- CONDUITE PROFESSIONNELLE	EUROPÄISCHE EIGNUNGSPRÜFUNG --- EUROPEAN QUALIFYING EXAMINATION --- EXAMEN EUROPEEN DE QUALIFICATION	EPPC --- EPPC --- EPPC	DISZIPLINARRAT --- DISCIPLINARY --- DISCIPLINE	GESCHÄFTSORDNUNG --- BYLAWS --- REGLEMENT INTERIEUR
G. Arena	H. Bode	W. Ernest	J.L. Beton	M. Bellenghi	C.E. Eder
A. Braun (Sen.)	G. Boelsma	J.C. D'haemer	A. Casalonga	K. Büchel	G. Edmunds
J. Cagneaux	J. de Muyser	A.H. Duncan	A. Catherine	B. Dousse	M. Lemoine
B. Feldmann	W. Ernest	V. Farragiana	P. Claeys	G. Edgren	E. Schönhöfer
S. Gasslander	D. Grisar	J.F. Ibañez Gonzalez	M. Curell Suñol	G. Edmunds	
J. Neukom	A. Kransell	E. Jung	U. Dreiss	B. Fisher	
H. Pawloy	E. Krause	J.F. Léger	P. Giannesi	E. Fobe	
H. Vanderborght	J. Lecca	L. Sjöö	F. Gibler	H. Fritel	
C. Weening	E.J. Mebius	E. Thouret-Lemaître	D.G.R. Grundy	V. Gil Vega	
	M. Micheli	G.F. van der Beek	S. Hansson	W. Holzer	
	A. Perani	W. Vandevelde	A.V. Huygens	C. Madeuf	
	G. Sevrell		F.A. Jenny	G. Mannucci	
	R. Sgarbi	Stellvertreter Substitutes Suppléants	A. Josif	A. Molin	
	D. Vincent		R. Kropveld	P. Révy von Belvard	
	N. Waddleton	T. Burman	P. Leitz	M. Ruff	
	R. Wildi	E. de Carli	K.H. Meyer-Dulheuer	R. Sieders	
		K. Hotz	C.L. Ramon	H.A. Troesch	
		P. Kliment	Z. Schöld	H.G. Urbach	
		L.W. Kooy	G. Werner	J. van Buitenen	
		C. Madeuf	G. Widtmann	G. van der Beek	
		L. Vogl	Special Committee for Micro-organisms	H. Vanderborght	
		K.B. Weatherald	G. Bressand	J. Waxweiler	
		Beobachter Observers Observateurs	A. Casalonga		
			R.S. Crespi (GB)		
		R. Bijl	W. Dost		
		M. Eudes	A. Gallochat		
		H.G. Graf	A.V. Huygens		
		R. Petersen	F.A. Jenny		
			H. Meyer		
			K.H. Meyer-Dulheuer		
			G. Staub		
			G. Tasset		

24 November 1986

AD-HOC AUSSCHUß BERUFLICHE HAFTUNG DER MITGLIEDER AD HOC COMMITTEE ON QUESTION OF MEMBERS' PROFESSIONAL LIABILITY COMMISSION AD-HOC RESPONSABILITE PROFESSIONNELLE	DATIMTEX	SCHRIFTLEITUNG --- EDITORIAL BOARD --- COMITE REDACTION	SACEPO	ARTICLE 25
H. Bardehle	M. Guérin	J. Brullé	V. Balass	V. Balass
G. Bloch	D.K. Speiser	E.J. Schönhöfer	M. Curell Suñol	H. Bardehle
K. Büchel	F. Schouten	K. Veryard	V. Faraggiana	C. Bertschinger
F. Cavattoni	A. van der Auweraer		W. Holzer	T. Burman
M. de Beaumont	K.B. Weatherald		F.A. Jenny	W. Holzer
L.C. de Bruijn			E. Jung	G. Modiano
E. Fobe			H. Mulder	H. Mulder
G. Modiano			B. Öhmann	B. Phélip
D. Mohnhaupt			H. Papaconstantinou	C. Riederer
J. Nordén			B. Phélip	G. Tasset
E. Piso			J. Pirson	W. Weston
N. Waddleton			W. Weston	J. Weyland
J. Weyland				
Rechnungsprüfer Auditors Commissaires aux comptes				
K. Büchel E. Jung				
Stellvertreter Deputies Suppléants				
M. Micheli J. Pirson				

24 November 1986

VORSTAND	*BOARD*	BUREAU
Präsident	*President* *Jan D'haemer*	Président
Vize-Präsidenten	*Vice Presidents* *Angus Duncan · Ernst J. Schönhofer*	Vice Présidents
Generalsekretär	*Secretary General* *Christer Onn*	Secrétaire Général
Schatzmeister	*Treasurer* *J. J. Pierre Weyland*	Trésorier
Stellvertr. Sekretär	*Deputy Secretary* *Carl E. Eder*	Secrétaire Adjoint
Stellvertr. Schatzmeister	*Deputy Treasurer* *Alain Catherine*	Trésorier Adjoint
Mitglieder	*Members*	Membres

Manfred Beer · Axel Casalonga · Alberto Elzaburu
Theophilos Margellos · Engbert Mebius · Richard Petersen
Renato Sgarbi · Dieter Speiser · André van der Auweraer

AUSSCHÜSSE	*STANDING COMMITTEES*	COMMISSIONS
Finanz	*Finance* *Chairman:* *Sten Gasslander*	Finances
Standesregeln	*Professional Conduct* *Chairman:* *Donald Vincent*	Règles de Conduite Professionnelle
Europäische Eignungsprüfung	*European Qualifying Examination* *Vorsitzender:* *Angus Duncan*	Examen Européen de Qualification
Europäische Patentpraxis	*European Patent Practice (EPPC)* *Vorsitzender:* *Felix A. Jenny*	Pour la Pratiquedu Brevet Européen
Geschäftsordnung	*By-Laws* *Président:* *Michel Lemoine*	Règlement Intérieur
Disziplinarrat	*Disciplinary* *Chairman:* *René Sieders*	Discipline